
Legitimation, Kooptation und Repression in der Volksrepublik China

Christian Göbel



Dr. phil. Christian Göbel, geb. 1973 in Würzburg, Juniorprofessor für Wirtschaft und Gesellschaft Chinas am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg. Studium der Politikwissenschaft und Sinologie, 2008 Promotion, 2012 Berufung zum Juniorprofessor.

Abstract

This article examines the interaction of legitimation, cooptation, and repression in China's authoritarian consolidation. It shows that the totalitarian regime under Mao Zedong was characterized by a low degree of performance and cooptation and that it had to rely on extreme repression and ideological indoctrination to stay in power. After the death of Mao Zedong, the character of the regime changed markedly. The new elites made sparing use of repression and indoctrination but did not compensate the abdication of coercive and ideological control with increases in the performance or cooptation of powerful social groups. This induced a power vacuum, in which popular discontent against increasing corruption, rising inequality, and high inflation fermented. The student demonstrations of 1989, which quickly spread to include other population groups, were an expression of this discontent. Learning from this crisis, the communist party leadership subsequently initiated reforms to increase regime performance and co-opted an increasing number of social groups. The use of repression remained a last resort option. The central findings of this contribution are that these measures significantly improved the stability of China's one-party autocracy.

I. Einleitung

Die Volksrepublik China fordert wie kein anderer Staat zentrale Paradigmen der politischen Ökonomie autokratischer Regime heraus. Weder stellte das als zentral angesehene Problem der Garantie von Eigentumsrechten¹ ein großes Hindernis in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes dar, noch scheint sich die Regierung selbst nach 30 Jahren kontinuierlichen Wirtschaftswachstums in einem „Performanzdilemma“² zu befinden.

Dies ist umso erstaunlicher, als viele Politikwissenschaftler noch Anfang des neuen Jahrtausends den baldigen Zusammenbruch des Regimes prognostizier-

-
- 1 Vgl. Mancur Olson, Dictatorship, Democracy, and Development. In: American Political Science Review, 87 (1993), S. 567–576.
 - 2 Vgl. Samuel P. Huntington, The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Norman 1991, S. 50.

ten. China schien den Weg vieler Autokratien zu gehen, die die „Dritte Welle“ der Demokratisierung nicht überlebten: Mit dem Tod Mao Zedongs im Jahre 1976 wich das totalitäre Regime einem harten Autoritarismus, der im Stile des „developmental statism“³ graduelle wirtschaftliche Liberalisierung mit der restriktiven Begrenzung politischer Partizipation verband. Die Studentenproteste Ende der 1980er Jahre und die zeitgleiche Einführung von Dorfwahlen nährten Hoffnungen auf eine „bottom-up“ Demokratisierung,⁴ während die in Quantität und Gewaltsamkeit zunehmenden Demonstrationen der Landbevölkerung Anfang der 1990er Jahre weithin als die ersten Signale eines baldigen Kollapses des Einparteienregimes betrachtet wurden.⁵ Auch das „Aussterben“⁶ der leninistischen Regime des Ostblocks überstand das Regime unbeschadet.

Wie lässt sich diese scheinbare Konsolidierung des chinesischen Einparteienregimes erklären? Der vorliegende Beitrag untersucht die autoritäre Konsolidierung der Volksrepublik China im Hinblick auf das sich verändernde Wechselverhältnis von Legitimation, Kooptierung und Repression. Die Analyse konzentriert sich vornehmlich auf die Jahre nach 1992, da ab diesem Zeitpunkt der Großteil der Kapazitäten geschaffen wurden, die für die heutige Stabilität des chinesischen Einparteienregimes verantwortlich sind. Dennoch sollen diese Entwicklung in ihrem historischen Kontext analysiert werden, da sich hieraus sowohl die Ursachen als auch die Tragweite der chinesischen Reformen ableiten lassen.

Wie die Analyse zeigen wird, stellte sich dieser Übergang im chinesischen Fall als ein Rückzug des Zentralstaats aus vielen gesellschaftlichen Bereichen dar, der das Regime vor genau die Herausforderungen stellte, denen durch die Reformen ab 1992 begegnet wurde. So war das totalitäre Mao-Regime durch ein äußerst hohes Maß an Repression und ideologischer Indoktrinierung, aber einen niedrigen Kooptations- und Performanzgrad geprägt. Nach dem Tod Maos nahmen der Repressions- und der Indoktrinierungsgrad ab, der Performanz- und Kooptationsgrad aber nicht signifikant zu. So entstand ein Machtvakuum, in dem sich gesellschaftlicher Widerstand gegen die zunehmende Korruption, anwachsende Ungleichheit und hohe Inflation bildete. Dieser Widerstand fand in den Demonstrationen von 1989 seinen Ausdruck, die von Studenten initiiert wurden, sich aber schnell auf andere Bevölkerungsschichten ausweiteten.

Durch gezielte Reformen verbesserte das Regime in den folgenden Jahren die Performanz, kooptierte wichtige gesellschaftliche Gruppen und behielt den Einsatz von Repression für den Notfall vor. Dieser Aufsatz argumentiert, dass diese Maßnahmen die Stabilität des Regimes bedeutend erhöht haben. Eine weitere wichtige Erkenntnis betrifft die Dimension der Repression: Obwohl das Regime

3 Siehe Meredith Woo-Cumings (Hg.), *The Developmental State*, Ithaca 1999.

4 Vgl. Gunter Schubert, *Village Elections in the PRC. A Trojan Horse of Democracy?* In: *Duisburg Working Papers on East Asian Studies*, 19 (2002).

5 Vgl. Gordon G. Chang, *The Coming Collapse of China*, New York 2001.

6 Kenneth Jowitt, *New World Disorder: the Leninist Extinction*, Berkeley 1992.

seinen Machterhaltung nicht auf Repression gründet, wurde der Repressionsapparat dennoch kontinuierlich ausgebaut und das Repressionsinstrumentarium verfeinert.

II. Legitimation, Kooptation und Repression unter Mao Zedong

1. Phase des Aufbaus des kommunistischen Staats

Nach Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 setzte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) unter der Führung von Mao Zedong den Staatsaufbau fort, den sie in den kommunistischen Besatzungsgebieten („Sowjets“) und mit Unterstützung der Sowjetunion bereits in den 1930er Jahren begonnen hatte.⁷ Ein Kennzeichen dieser Phase war die Gleichzeitigkeit von Industrialisierung und Aufbau eines leninistischen Regierungsapparates, in dem Partei und Regierung ineinander verwoben waren. Finanziert durch Steuereinnahmen, Schatzbriefe und Spenden stiegen die Regierungsausgaben von rund sieben Millionen im Jahre 1950 auf 29 Millionen Yuan nur sieben Jahre später an. Wie die Verteilung der Haushaltsposten zeigt, war das Hauptziel der Politik in diesen Jahren der wirtschaftliche Aufbau des von Krieg und Bürgerkrieg geschwächten Landes. Während 1950 60 Prozent des Haushalts in Verteidigung und Verwaltung und nur 36 Prozent in wirtschaftlichen Aufbau und sozialpolitische Maßnahmen flossen, kehrten sich diese Verhältnisse schon 1952 um.⁸ Absolute Militärausgaben blieben zwischen 1951 und 1960 konstant, Verwaltungsausgaben stiegen nur langsam an.⁹ Saich urteilt über diese Anfangsphase folgendermaßen: „[T]he achievements by the mid-1950s were impressive. The country, with the exception of Taiwan, was unified, the rural revolution completed, inflation tamed, and solid economic growth achieved.“¹⁰

Die zunehmende wirtschaftliche Performanz der jungen Volksrepublik schien zunächst auch von politischer Liberalisierung begleitet zu werden. In den Jahren 1956 und 1957 rief Mao Zedong in einer Rede vor Bevölkerung und Parteimitgliedern dazu auf, Kritik am bisherigen Kurs zu üben und Verbesserungsvorschläge zu machen. Nach anfänglichem Zögern übten zunächst Intellektuelle und später breite Bevölkerungsgruppen heftige Kritik an Missständen wie Korruption und Vorteilsnahme durch Parteikader, den undemokratischen Charakter des Regimes sowie Fehler in der Agrarpolitik.¹¹ Der Vorsitzende der KPCh,

7 Vgl. United States War Department/Lyman P. Van Slyke, *The Chinese Communist Movement: A Report of the United States War Department*, July 1945, Stanford 1968.

8 Vgl. Jonathan D. Spence, *The Search for Modern China*, New York 1990, S. 545.

9 Ebd.

10 Tony Saich, *Governance and Politics of China*, Basingstoke 2004, S. 25.

11 Vgl. Roderick MacFarquhar, *The Origins of the Cultural Revolution*, New York 1974.

Mao Zedong, der sich zunächst wie Premier Zhou Enlai und Generalsekretär Deng Xiaoping für eine begrenzte Liberalisierung des Systems ausgesprochen hatte, unterstützte daraufhin die Liberalisierungsgegner, die vom Kommandanten der Volksbefreiungsarmee Zhu De sowie General Peng Dehuai angeführt wurden.¹² Ab 1958 trat das Regime in eine totalitäre Phase ein, die von massiver Indoktrinierung, verringerter Performanz, massiver Repression sowie einem niedrigen Maß an Kooptation gekennzeichnet war.

2. Sinisierung des Marxismus

Während der totalitären Phase der Volksrepublik griffen Indoktrinierung und Repression ineinander. Die KPCh gründete ihre Legitimation auf ein ideologisches Konstrukt, das durch stetige Anpassung („Sinisierung“) in eine Extremform des Marxismus mutierte. Die Vordenker Maos bedienten sich hierbei des dialektischen Materialismus. Vereinfacht gesagt argumentierten sie, dass der Marxismus eine essentielle Wahrheit sei, die in ihrer Reinheit nicht erfasst werden kann. Alle vorhandenen Schriften seien nur lokale Adaptionen. So seien Leninismus und Stalinismus russischer, die Schriften Maos hingegen chinesischer Marxismus. Selbst die Werke Marx verkörperten nicht seine Reinform. Sie seien eben deutscher Marxismus.¹³

Dieser Trick ermöglichte es Mao, in der chinesischen Revolution nicht die Arbeiter, sondern die Bauern in den Vordergrund zu stellen, und bildete die Basis für einen ausgeprägten Nationalismus, der das Regime bis heute prägt. Der Guerillakrieg verhalf der KPCh zur Macht und gab dem Maoismus eine stark militaristische Prägung. Diese Anwendung des dialektischen Materialismus ermöglichte es Mao, seine Politik sowohl a posteriori durch „Anpassung“ des Marxismus an die chinesischen Revolutionserfahrungen als auch a priori durch Reden und Programme im marxistischen Diktum zu rechtfertigen. Mao instrumentalisierte die Ideologie, um die Gesellschaft im Dienste des Fortschritts Chinas zu militarisieren. Zitate wie die Analogie des Chinesen als „leeres Blatt Papier“,¹⁴ das es nach Belieben zu beschreiben gelte, sowie die Feststellung, dass Macht aus den Gewehrläufen komme,¹⁵ verdeutlichen das gut.

Was die Rassenideologie für die Nationalsozialisten war, war die Kraft der Masse für Mao. Politische Indifferenz akzeptierte das kommunistische Regime nicht. Der Wille des Individuums wurde durch ständige „struggle sessions“

12 Vgl. Spence, Search, S. 567–572.

13 Siehe hierzu Stuart R. Schram, *The Thought of Mao Tse-Tung*, Cambridge 1989 und Mao Zedong, *Über die Praxis: Über den Zusammenhang von Erkenntnis und Praxis, von Wissen und Handeln*. In: ders. (Hg.), *Ausgewählte Werke*, Band I, Peking 1968, S. 347–364.

14 Mao Zedong zitiert nach Schram, *Thought*, S. 190.

15 Vgl. Mao Zedong, *Probleme des Krieges und der Strategie*. In: ders. (Hg.), *Ausgewählte Werke*, Band II, Peking 1967, S. 255–274.

gebrochen, in denen die Individuen Kritik und Selbstkritik übten. Der Einzelne wurde dem Kollektiv verpflichtet. Ein Zitat Maos verdeutlicht diese Strategie: „Wir werden jeden, der einen Fehler gemacht hat, willkommen heißen und ihn von seiner Krankheit heilen, damit er ein guter Genosse wird, wenn er seine Krankheit nicht verbirgt, um der Behandlung zu entgehen, wenn er nicht so lange auf seinem Fehler beharrt, bis er nicht mehr zu kurieren ist, sondern ehrlich und aufrichtig den Wunsch zeigt, sich dem Arzt anzuvertrauen und sich zu bessern.“¹⁶

3. Herrschaft durch Terror

Dieser „Heilungsprozess“ war tendenziell mit physischen und psychischen Schmerzen verbunden. Repression spielte während der Herrschaft Mao Zedongs eine große Rolle für den Machterhalt der KPCh. Das begann mit den Bodenreformen, in denen „Großgrundbesitzer“ enteignet und ihr Land unter den Bauern verteilt wurde. Die Enteignungen verliefen häufig gewaltsam, und viele Grundbesitzer verloren ihr Leben.¹⁷ Im Zuge der auf die „Hundert-Blumen-Bewegung“ folgenden „Kampagne gegen Rechts“ (1958) wurden mehr als 300 000 Intellektuelle bestraft,¹⁸ und die „Große-Sprung-Hungersnot“ 1959–1961 kostete zwischen 17 und 46 Millionen Menschen das Leben.¹⁹ Wie Felix Wemheuer jedoch zeigt, handelte es sich hierbei nicht nur um Hungertote: Viele Menschen wurden auf ihrer Flucht in Städte oder nahrungsmittelreichere Dörfer auf Anweisung lokaler Parteisekretäre getötet.²⁰

Vor allem in der Parteiführung nahm Mao Zedongs Legitimität in Folge dieses Desasters Schaden. Als Reaktion auf die Hungersnot leiteten gemäßigte Kräfte in der KPCh wiederum eine Phase wirtschaftlicher und politischer Liberalisierung ein, die allerdings im Jahre 1966 mit dem Beginn der „Kulturrevolution“ beendet wurde. Politisch stellte die Kulturrevolution einen Putsch Mao Zedongs und seiner Anhänger gegen die reformorientierte Fraktion um Liu Shaoqi dar, der in bürgerkriegsähnliche Zustände ausgeweitet wurde. Mao propagierte den Klassenkampf als Motor der chinesischen Entwicklung. Die ihm ergebenden „Roten Garden“ terrorisierten die Bevölkerung und bekämpften sich schlussendlich gegenseitig. „Kritik und Selbstkritik“ und öffentliche Folterung

16 Vgl. Mao Zedong, Den Arbeitsstil der Partei verbessern. In: ders., Ausgewählte Werke, Band III, Peking 1969, S. 35–54.

17 Vgl. William Hinton, Fanshen: a Documentary of Revolution in a Chinese Village, New York 2008.

18 Vgl. Spence, Search, S. 572.

19 Vgl. Frank Dikötter, Mao's Great Famine: The History of China's Most Devastating Catastrophe, 1958–1962, New York 2010.

20 Vgl. Felix Wemheuer, Steinnudeln: Ländliche Erinnerungen und staatliche Vergangenheitsbewältigung der „Großen Sprung“-Hungersnot in der chinesischen Provinz Henan, Frankfurt a. M. 2007.

dienten als Mittel der Gleichschaltung der Bevölkerung und der Bekämpfung der Opposition. Die bestehenden politischen und rechtlichen Strukturen wurden außer Kraft gesetzt und politische Eliten verfolgt. Das Regime stützte sich vor allem auf ad hoc eingerichtete Revolutionsräte und die weiterhin funktionierende Armee.²¹

4. Zellularisierung der Gesellschaft

Die Institutionalisierung eines permanenten Klassenkampfes entsprang der Vorstellung Mao Zedongs, es gebe in einer sozialistischen Gesellschaft immer noch Klassen. Ohne den Klassenkampf, so Mao, könnten revisionistische Elemente schnell den Kapitalismus wiederherstellen. Der Klassenkampf hingegen bewahre die Vorherrschaft des Proletariats. Auf diese Weise gelang es Mao, der Ruhepunkt einer Entwicklung zu werden, die sich durch wechselnde Koalitionen und, mit der Ausnahme der Armee, personelle Inkonsistenz auszeichnete. Mao herrschte also nicht durch Kooptation, sondern durch das gegenseitige Ausspielen bestehender sowie neu geschaffener gesellschaftlicher Gruppen.

5. Performanz

Mit der Ausnahme der frühen 1950er Jahre und der Zeit zwischen Ende des Großen Sprungs und Kulturrevolution dürfte die Performanzlegitimität des Regimes vor allem auf dem Land niedrig gewesen sein. Der Versuch der Regierung, ab 1958 rapides Wirtschaftswachstum durch die Verstaatlichung von Privateigentum, die Errichtung von Volkskommunen sowie die Eliminierung privater Märkte zu schaffen, scheiterte und mündete in die erwähnte Hungersnot. In den Städten hingegen starben wenige Menschen an Hunger. Es gab formal keine Arbeitslosigkeit, und alle Städter waren in betriebseigene Sozialsysteme integriert. Auf der anderen Seite litten vor allem die Stadtbewohner unter dem Terror der Kulturrevolution, und die Bildungsinstitutionen wurden de facto außer Kraft gesetzt. Im Nachhinein ist es schwierig, das gesellschaftliche Klima dieser Zeit zu bewerten. Zeitzeugenberichte legen nahe, dass die Haltung der Bevölkerung zum Regime sowohl auf dem Land als auch in der Stadt vor allem durch die erwähnte Mischung aus Indoktrinierung und Repression geformt wurde. Das Überleben des Regimes dürfte eher dem Terror als der Performanz geschuldet sein.

21 Vgl. Roderick MacFarquhar/Michael Schoenhals, *Mao's Last Revolution*, Cambridge, MA 2006; Roderick MacFarquhar, *Origins*; ders., *The Great Leap Forward, 1958-1960*, New York 1983; ders., *The Coming of the Cataclysm, 1961-1966*, Oxford 1997.

III. Rückzug des Staates

1. Unkontrolliertes Wachstum und steigende Ungleichheit

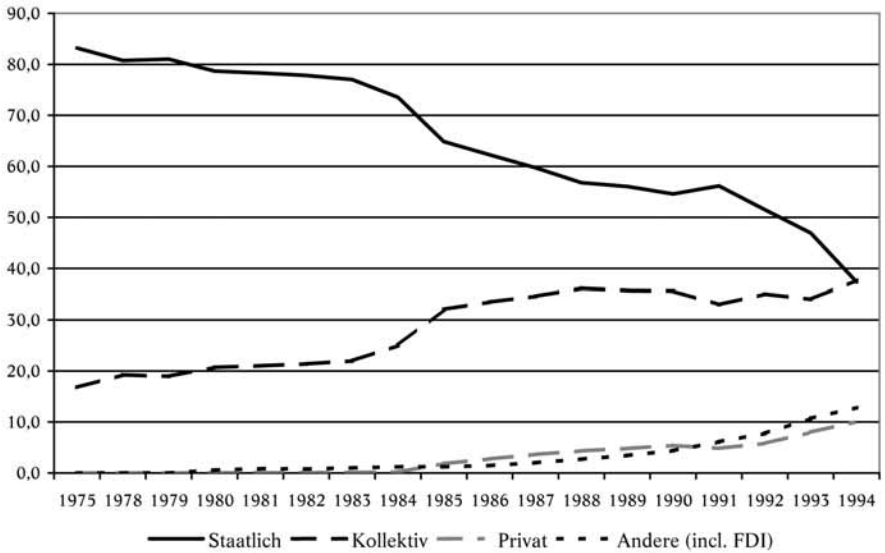
Ab Anfang der 1970er Jahre, vor allem aber nach dem Tod Maos 1976, begann eine Verschiebung der Parameter. Seit der Zerschlagung der „Roten Garden“ durch die Armee und der gleichzeitigen Annäherung Chinas an die Vereinigten Staaten zog sich der Staat zunehmend aus der Regulierung gesellschaftlichen Lebens zurück. Gleichzeitig bildete sich ein Machtvakuum, in dem Repression und Indoktrination im Vergleich zur Mao-Ära stark verminderte Anwendung fanden. Das Leben der Bevölkerung wurde vor allem durch die Zwänge eines entfesselten Kapitalismus strukturiert.

Die in dieser Ausgabe von „Totalitarismus und Demokratie“ behandelte Frage der Parameter des Regimeerhalts von Ideokratien beruht implizit auf einer zentralstaatlichen Regimekonzeption oder zumindest auf einer Konzeption, in der Zentral- und Lokalregierung gemeinsame Strategien verfolgen. Die Erfahrungen Chinas in der nun besprochenen Phase sind so schwer zu erfassen. Zwar gab es keine schwerwiegenden Konflikte zwischen den Regierungsebenen, doch die Entwicklungen zu dieser Zeit wurden dezentral bestimmt. Das weit verbreitete Bild von Legitimität durch Performanz in dieser Zeit eines sprunghaft ansteigenden Wirtschaftswachstums muss also hinterfragt werden.²² Tatsächlich wuchs die Wirtschaft in dieser Zeit dezentral und unkontrolliert. Zwei Indizien belegen diese Sichtweise: das Verhältnis von (zentralen) Staatsunternehmen und (lokalen) Kollektivunternehmen sowie das Verhältnis von Wachstum und Inflation.

Wie Schaubild 1 zeigt, nahm der Anteil der chinesischen Staatsunternehmen am Bruttosozialprodukt ab Mitte der 1980er Jahre ab, während der Anteil ländlicher und privater kollektiver Unternehmen beinahe im selben Maße zunahm. Die Anzahl der formal sich im Besitz der Dorf- und Gemeinderegierung befindlichen Kollektivunternehmen vervielfachte sich von weniger als drei Millionen im Jahre 1983 auf beinahe 25 Millionen nur 10 Jahre später. Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der Beschäftigten von rund 30 Millionen auf beinahe 150 Millionen – die Kollektivunternehmen absorbierten somit rund ein Drittel der ländlichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Diese Entwicklung wurde dezentral angestoßen und von der Zentralregierung geduldet, aber keineswegs koordiniert oder gar kontrolliert. Dies wird ersichtlich in der Betrachtung des zweiten Indizes (Schaubild 2).

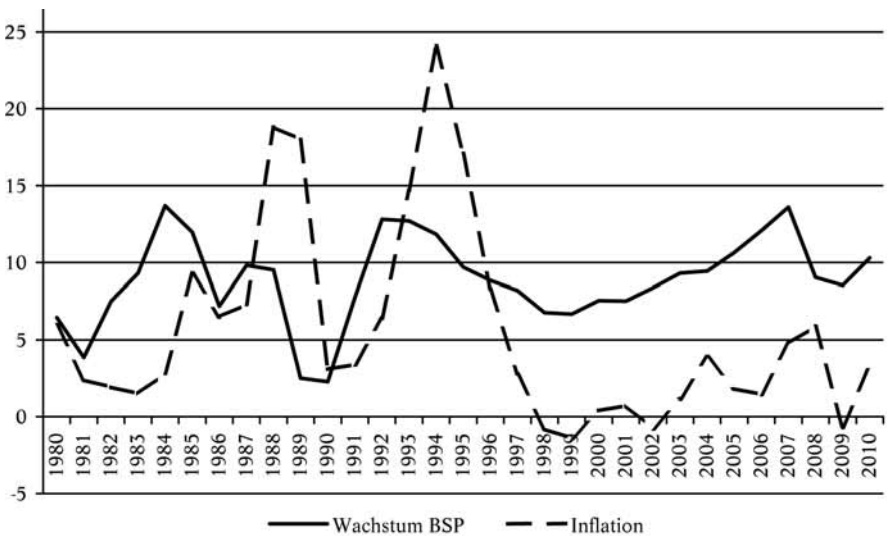
²² Vgl. zur Frage der Output-Legitimität von Autokratien den Beitrag von Manfred G. Schmidt in diesem Heft.

Bild 1: Anteil von verschiedenen Eigentumsformen an der Industrieproduktion (1978-1994, in Prozent)



Quelle: National Bureau of Statistics, Zhongguo Tongji Nianjian 1983-2010 (China Statistical Yearbook), Beijing 1983-2010.

Bild 2: Wachstums- und Inflationsraten, 1980-2010



Quelle: World Bank, World Development Indicators and Global Development Finance (2011).

Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft verlief zwischen 1980 und 1993 nicht nur äußerst ungleichmäßig, sondern ging zudem mit ebenso ungleichmäßigen Inflationsraten einher. Wachstum und Inflation verliefen zeitverzögert: Die Überhitzung der chinesischen Wirtschaft durch unkontrollierte Güterproduktion in Chinas Dörfern und Gemeinden führte zur Angebotsinflation, woraufhin die chinesische Zentralbank durch Verringerung der Geld- und Kreditmenge das Investitionsvolumen senkte. Die Inflation konnte so zwar unter Kontrolle gebracht werden, jedoch nur zum Preis einer kontraktierenden Wirtschaft. Die von der Lokalebene ausgehende und von der Zentrale geduldete, aber kaum regulierte wirtschaftliche Liberalisierung erhöhte die für eine relevante gesellschaftliche Minderheit (Kader und Unternehmer) wichtige Performanzlegitimität der Regierung, begünstigte aber gleichzeitig Korruption, Faktionalismus und steigende Ungleichheit.²³ Der Gini-Koeffizient, ein Maß für Einkommensungleichheit, stieg rasant von 0,3 im Jahre 1978 auf 0,42 im Jahre 1994.²⁴ Innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten verschob sich die Einkommensverteilung vom Niveau der Niederlande auf das von Kenia. Der Rückzug des Staates kann schließlich auch an der sinkenden Staatsquote gemessen werden 1978 betrug sie noch 40 Prozent, bis 1994 fiel sie auf weniger als 15 Prozent.²⁵ Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Performanz der Regierung entlud sich in Studentenprotesten in vielen Städten Chinas, die sich auf andere Bevölkerungsschichten ausweiteten und 1989 durch die Regierung gewaltsam niedergeschlagen wurden.²⁶

2. Bildung klientelistischer Netzwerke

Im Hinblick auf Kooptierung ergibt sich ein ähnliches Bild. Während Macht- und Richtungskämpfe in Folge des Todes Mao Zedongs und Zhou Enlais im Jahre 1976 die politische Agenda der Zentralregierung bestimmten, traten die Lokalregierungen bereits in eine Phase der „Ökonomisierung der Politik“²⁷ ein: Mit der Übernahme der ehemaligen Brigade- und Kommununternehmen durch die Dorf- und Gemeinderegierung verschwammen die Unterschiede zwischen Politikern und Unternehmern. Zudem begünstigte die Freisetzung von günstigen Krediten durch die Zentral- und Provinzregierungen die Formierung

23 Vgl. Joseph Fewsmith, *China Since Tiananmen: The Politics of Transition*, Cambridge 2001.

24 Vgl. Jiandong Chen u. a., *The Trend of the Gini Coefficient of China*, BWPI Working Paper, 109 (2010), S. 20.

25 Eigene Berechnung nach National Bureau of Statistics, *Zhongguo Tongji Nianjian 2010 (China Statistical Yearbook 2010)*, Beijing 2010.

26 Vgl. Fewsmith, *China*.

27 Thomas Heberer, *Das politische System der VR China im Prozess des Wandels*. In: ders./Claudia Derichs (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*, Wiesbaden 2008, S. 41–45.

von klientelistischen Verteilungskonkitionen, die Politiker und Unternehmer der Zentral- und Lokalebene umfasste, aber den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausschlossen, wie der rasch ansteigende Gini-Koeffizient verdeutlicht.

3. Ideologisches Vakuum und selektive Repression

Die Phase von 1976 bis 1989 war auch hinsichtlich der Anwendung von Gewalt und der Bereitstellung verpflichtender Deutungsmuster von einem Rückzug des Staates geprägt. Der Wirtschaftspolitiker Chen Yun, der Deng Xiaoping in der Anfangsphase der Wirtschaftsliberalisierung unterstützte, prägte die bekannte Metapher von der „Überquerung des Flusses durch Ertasten der Steine“. Die Reformen selbst wurden ex post facto ideologisch legitimiert – die Parteitheoretiker verorteten China im „Primärstadium des Sozialismus.“ Da China die im historischen Materialismus vorgesehene Stufe der Demokratie quasi übersprungen hatte, musste das normalerweise im Kapitalismus erreichte Entwicklungsniveau im Sozialismus erreicht werden. Ebenso wurde die Anwendung repressiver Mittel stark reduziert. Beispielsweise ging die Regierung gegen die seit 1987 von Intellektuellen öffentlich geäußerten Demokratieforderungen genauso wenig vor wie gegen die in der Provinz Anhui schwelenden Studentenproteste.

Dies änderte sich erst, als sich eine breite gesellschaftliche Koalition aus Studenten, Intellektuellen, Arbeitern und anderen gesellschaftlichen Gruppen auf dem Platz des Himmlischen Friedens versammelte und Reformen einforderte. Zu diesem Zeitpunkt ähnelte China den Modernisierungsdiktaturen in Lateinamerika, in denen eine erstarkende Gesellschaft die Legitimität eines schwachen Zentralstaats in Frage stellte.²⁸ Die chinesische Führung reagierte darauf zunächst mit Repression.²⁹

IV. Konsolidierung

1. Sozialsysteme und ökonomische Transformation

Nach der erfolgreichen Niederschlagung der Proteste setzte eine Phase allmählicher Konsolidierung ein, die keiner der von Huntington klassifizierten Reaktionen auf gesellschaftlichen Widerstand entspricht. Die Konsolidierung fand ihren Ausdruck in einer Erhöhung der Regimeperformanz, vermehrter Kooptation,

28 Vgl. Huntington, *Third Wave*, S. 55.

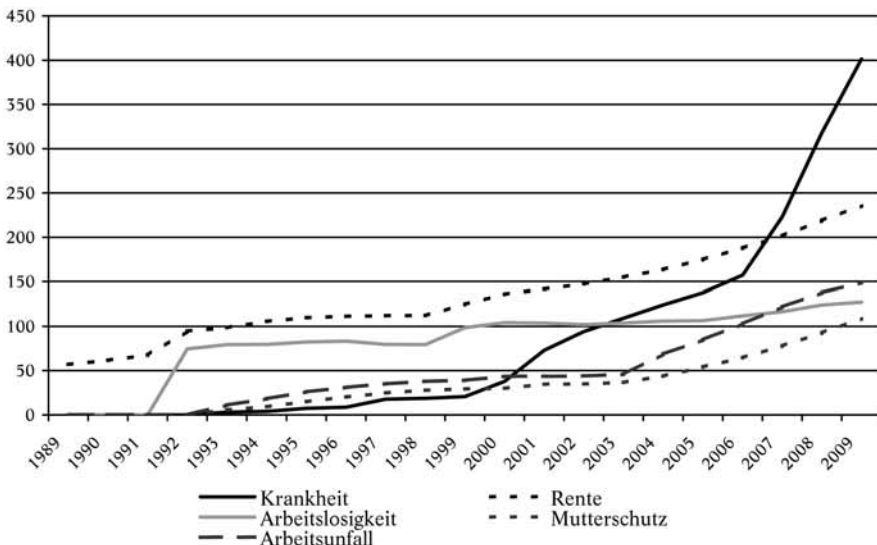
29 Dies ist eine der fünf von Huntington formulierten Handlungsoptionen: 1) Verdrängung, 2) Repression, 3) außenpolitische Aggressivität, 4) Pseudodemokratisierung, 5) Demokratisierung. Vgl. ebd., S. 55–58.

selektiver Repression bei gleichzeitiger Steigerung der Repressionskapazitäten und verstärkter ideologischer Durchdringung.

Als Reaktion auf die Unruhen 1989 bemühte sich die Regierung systematisch um die Verbesserung staatlicher Performanz. Die Ergebnisse dieser Bemühungen lassen sich zunächst wiederum aus den Daten zu Wachstum und Staatsquote ermesen. Korrelierten ungleichmäßiges Wachstum und sprunghafte Inflation zwischen 1980 und 1994 noch miteinander, so waren die Wachstumsraten ab 1995 nicht mehr so heftigen Schwankungen wie zuvor unterworfen. Die Inflationsrate wurde zwischen 1994 und 1997 von beinahe 25 Prozent auf ca. zwei Prozent reduziert, im Zuge der Asienkrise rutschte China gar in die Deflation. Seither überstieg die Inflationsrate nur 2008 und 2011 fünf Prozent. Ebenso wurde die Staatsquote von weniger als 15 Prozent 1997 auf über 20 Prozent 2010 gesteigert und der Anteil der Zentralregierung an den Steuereinnahmen stieg von ca. 13 Prozent auf über 50 Prozent.³⁰ Dies signalisiert eine proaktivere und zunehmend durch die Zentralregierung gesteuerte Geld- und Fiskalpolitik.

Drei weitere Indikatoren belegen eine stark erhöhte Performanz der Zentralregierung.

Bild 3: Mitglieder in den Sozialversicherungen, 1989–2009 (in 10 000)



Quelle: National Bureau of Statistics, Zhongguo Tongji Nianjian 2010 (China Statistical Yearbook), Beijing 2010.

30 Eigene Berechnungen nach China Statistical Yearbook, 2010.

Erstens wurde die Abgabenlast der Bauern ab 1999 stark reduziert,³¹ und die Bereitstellung von Sozialleistungen wie Arbeitslosenversicherung, Rente, Krankenversicherung und Sozialhilfe wurde von der Stadt- auf die Landbevölkerung ausgedehnt.³² Die verbesserte Absicherung der Bevölkerung gegen Lebensrisiken lässt sich aus Schaubild 3 ermesen.

Seit Anfang des Jahrtausends wurden die Deckungsraten der chinesischen Sozialversicherungen stark erhöht. So reagierte die chinesische Regierung auf die Tatsache, dass Krankheit die Hauptursache von Armut in China war (und noch immer ist), indem sie die Krankenversicherung auf die bisher unversicherte Landbevölkerung ausdehnte. Rund ein Drittel aller Chinesen sind inzwischen krankenversichert. Bis 2020 sollen alle Chinesen in das Krankenversicherungssystem integriert werden. Auch die Renten-, Arbeitslosen- und Arbeitsunfallversicherungen werden allmählich ausgedehnt. Das 2011 verabschiedete Sozialversicherungsgesetz schreibt zudem die Integration von Wanderarbeitern in die Sozialsysteme vor. Auch die Sozialhilfe wurde von den Städten in den ländlichen Raum übertragen: Während 2005 etwa 20 Millionen Landbewohner nur temporäre Hilfe erhielten, wurde 2009 an 50 Millionen Landbewohner die besser geregelte Sozialhilfe ausgezahlt.³³ Die Leistungen der Sozialsysteme sind deutlich weniger umfangreich als in Deutschland und leiden zudem noch unter Implementierungsproblemen. Dennoch ist eine starke Verbesserung der sozialen Absicherung der chinesischen Bevölkerung festzustellen.

Ein zweiter Indikator ist die graduelle Entwicklung Chinas zur „Wissensökonomie.“ Da China seinen komparativen Kostenvorteil in der Produktion einfacher Güter verliert und die Bevölkerung stark unter den ökologischen Konsequenzen dieses Produktionsmodells leidet, zielt die Wirtschaftspolitik der Regierung seit Anfang der 2 000er auf die Erhöhung eigener Innovationskapazitäten und auf gesteigerte Wertschöpfung abzielende Produktionsprozesse. Ausdruck finden diese Bemühungen in den Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die von ca. 0,6 Prozent des BSP 1997 auf 1,7 Prozent im Jahre 2009 angestiegen sind.³⁴

Ein dritter Indikator ist die Reaktion der Regierung auf die Weltfinanzkrise, die auf Grund des Abzugs ausländischen Kapitals und sinkender Exportnachfrage zunächst zu Massenentlassungen führte. Durch die gleichzeitige Erhöhung der Geldmenge und die Verabschiedung eines „Stimuluspaketes“ in Höhe von rund 400 Milliarden Euro konnten die zu erwartenden negativen Folgen bisher

31 Vgl. Christian Göbel, *The Politics of Rural Reform in China: State Policy and Village Predicament in the Early 2000s*, Abingdon 2010.

32 Vgl. Chak Kwan Chan u. a., *Social Policy in China: Development and Well-being*, Bristol 2008.

33 Vgl. *China Statistical Yearbook*, 2010.

34 Vgl. *China Science and Technology Indicators Research Association, Science and Technology Statistics of China (1998–2010)*, Beijing 2011.

abgefedert und der Binnenmarkt gestärkt werden.³⁵ Auch wenn zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Aufsatzes (Januar 2012) noch nicht abgeschätzt werden kann, wie nachhaltig diese Investitionen waren und ob China seine „harte Landung“ nur vertagt hat, kann jedoch festgestellt werden, dass sich die chinesische Regierungen den Herausforderungen der Finanzkrise gestellt und diese zunächst überwunden hat.

2. Von der Arbeiter- zur Massenpartei

Definiert man Kooptierung in einer Autokratie nicht nur als Integration einer Person oder Personengruppe in eine klientelistische Verteilungscoalition, sondern bezieht auch Elemente von Koproduktion mit ein, so lassen sich auch in diesem Punkt große Unterschiede zu den beiden bisher besprochenen Phasen feststellen. Koproduktion bedeutet hierbei, dass Bürger an der Erbringung beispielsweise von staatlichen Dienstleistungen direkt beteiligt werden. Paternalismus wird so durch Partizipation ersetzt, der Staat hierdurch entlastet. Ein solches „empowerment“ kann Legitimität erzeugen, gerade weil der Staat nicht alle sozialen Angelegenheiten hierarchisch regelt.

Seit Mitte der 1980er Jahre, aber verstärkt seit Ende der 1990er Jahre zielt die Regierung darauf, lokale Gemeinschaften, die dem Modernisierungsprozess zum Opfer gefallen sind, zu reaktivieren oder gänzlich neu zu schaffen. In den Dörfern wurde die alltägliche Verwaltung an semi-demokratisch gewählte Dorfkomitees delegiert, die allerdings keine Gesetzgebungskompetenzen erhielten. Die Ausprägung der Wahlen und ihr Wettbewerbsgrad unterliegen großer Varianz. Sehr viele lokale Berichte legen die Schlussfolgerung nahe, dass die übergeordneten Ebenen sowohl auf die Kandidatenselektion als auch auf das Wahlergebnis Einfluss nehmen und bei Misstrauensvoten intervenieren. Nichtsdestoweniger wurde ihre Implementierung beständig ausgeweitet. Dadurch wurden die Wahlen, wie O'Brien und Li zeigen, ein wichtiges Instrument ländlicher Interessengruppen, um ihre Rechte gegenüber korrupten oder unfähigen Kadern einzufordern.³⁶ Auf diese Weise werden Chinas Bauern teilweise in das Regime integriert und als Kontrollinstanz gegen lokale Korruption instrumentalisiert.³⁷

In den städtischen Nachbarschaftsvierteln wurden ebenfalls Maßnahmen ergriffen, die die lokale Bevölkerung zur Selbstverwaltung anregen und den

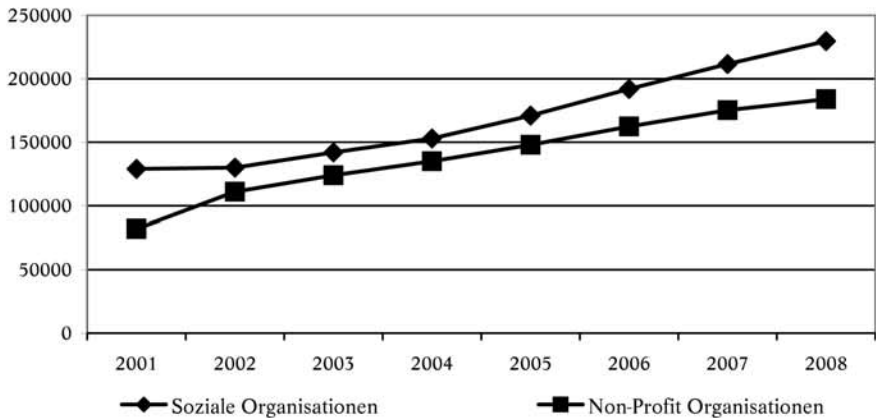
35 Vgl. Ligang Liu, Impact of the Global Financial Crisis on China: Empirical Evidence and Policy Implications. In: *China & World Economy*, 17 (2009) 6, S. 1-23.

36 Vgl. Kevin J. O'Brien/Lianjiang Li, *Rightful Resistance in Rural China*, Cambridge 2006.

37 Vgl. Richard Baum/Alexei Shevchenko, The „State of the State“. In: Merle Goldman/Roderick MacFarquhar (Hg.), *The Paradox of China's Post-Mao Reforms*, Cambridge 1999, S. 333-360.

Staat entlasten helfen sollen. So wurden Aufgaben wie die Bearbeitung von Sozialhilfeanträgen, die Auszahlung von Sozialhilfe, das Angebot von Freizeitaktivitäten für ältere Mitbürger sowie die Integration von Arbeitslosen auf die Nachbarschaftsebene übertragen. Wie diese Beispiele zeigen, zielen diese Reformen auf die Verwaltung und Kontrolle prekärer Bevölkerungsschichten. Der Ober- und Mittelschicht zugehörige Stadtbewohner wissen wenig über die Nachbarschaftskomitees, da sie selten mit ihnen in Kontakt kommen. Ihre Interessen

Bild 4: Registrierte „zivilgesellschaftliche“ Organisationen, 2001–2008



Quelle: National Bureau of Statistics, Zhongguo Tongji Nianjian 2010 (China Statistical Yearbook), Beijing 2010.

werden von autonomen und mächtigeren Organisationen repräsentiert, wie beispielsweise Hauseigentümerkomitees oder funktionale Verbände.³⁸

Die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Kräfte für staatliche Zwecke ist auch im Nichtregierungssektor zu beobachten. Die Anzahl registrierter sozialer und Non-Profit-Organisationen wurde zwischen 2001 und 2008 verdoppelt, wie Schaubild 4 verdeutlicht.

Gegenwärtig existieren beinahe 400 000 registrierte soziale und Non-Profit-Organisationen. Relevant in Schaubild 4 ist nicht nur der Anstieg „zivilgesellschaftlicher“ Organisationen, sondern auch dessen Gleichmäßigkeit. Diese Gleichmäßigkeit liegt in der Kontrolle begründet, die das Ministerium für Zivilverwaltung durch sehr umfangreiche Registrierungsvorschriften über Zusammensetzung und Wachstum des Dritten Sektors ausübt. Die Mehrheit dieser Organisationen ist in unpolitischen Feldern wie soziale Wohlfahrt und Umweltschutz tätig. Regierungen auf allen administrativen Ebenen unterstützen solche Organisationen und inkorporieren sie gegebenenfalls sogar in das Geflecht an

38 Vgl. Thomas Heberer/Christian Göbel, *The Politics of Community Building in Urban China*, Abingdon 2011, Kapitel 7.

Massenorganisationen, die an die KPCh angebunden sind.³⁹ Organisationen mit politischen Zielen hingegen haben es schwer sich als staatlich anerkannte Organisation zu registrieren und sind oft staatlicher Repression ausgesetzt.

Auch durch Rechtsinstitutionen wird die Bevölkerung in das Regime integriert. Wie Schaubild 4 zeigt, stieg beispielsweise die Anzahl verwaltungsgerichtlicher Klagen im Konsolidierungszeitraum stark an. Betrug die Anzahl solcher Klagen 1989 weniger als 10 000, so klagten 2008 bereits über 100 000 Menschen gegen Verwaltungsentscheidungen.⁴⁰ Diese Zunahme verdeutlicht, dass eine steigende Anzahl von Menschen bereit ist, Konflikte mit dem Staat in durch denselben Staat bereitgestellten Institutionen auszutragen. Dies setzt ein gewisses – und nicht immer gerechtfertigtes – Vertrauen in diese Institutionen und damit in den Staat selbst voraus. Ähnlich kann auch das zunehmende Vordringen des Staatsapparats in Wirtschaft und Gesellschaft als Kooptierung interpretiert werden. Durch die Verregelung des Wirtschaftslebens und die Bereitstellung von Sozialleistungen gerieten ökonomische Akteure wie Privatpersonen zunehmend in die Abhängigkeit des sich allmählich reformierenden Staats- und Verwaltungsapparats.

Ein „klassisches“ Beispiel für die zunehmende Kooptierung relevanter gesellschaftlicher Gruppen stellt sicherlich das Verhältnis des Regimes zum Privatunternehmertum dar. Während dieses unter Mao noch verboten war, erkannte die Partei 2003 Privatunternehmer offiziell als „Produktivkraft“ an. Nicht nur weitete sie ihren Repräsentationsanspruch hiermit nun auch auf die vorher bekämpfte Bourgeoisie aus, sondern ermöglichte es Unternehmern zudem, in die Partei einzutreten.⁴¹ Die ohnehin schon existierende enge Verbindung zwischen Politik und Kapital wurde hiermit ideologisch zementiert. Insgesamt belegt die sich ändernde Mitgliederstruktur der KPCh hin zu zunehmend jüngeren, besser ausgebildeten und nun auch besser verdienenden Mitgliedern die Strategie der Partei, vermehrt gesellschaftliche Eliten zu kooptieren und somit nicht nur ihre Regierungsfähigkeit zu steigern, sondern auch besagte Personen auf die Linie der Partei zu verpflichten.

39 Vgl. Thomas Heberer, China: Creating Civil Society Structures Top-down? In: Bruno Jobert/Beate Kohler-Koch (Hg.), *Changing Images of Civil Society: From Protest to Governance*, Abingdon 2008, S. 87–104.

40 Vgl. China Statistical Yearbook 2010.

41 Vgl. John W. Lewis/Xue Litai, Social Change and Political Reform in China: Meeting the Challenge of Success. In: *The China Quarterly*, 43 (2003) 176, S. 926–942.

3. Selektive Repression

In der Analyse der Rolle von Repression für die Regimeerhaltung muss eine wichtige Unterscheidung zwischen tatsächlicher Repression und dem Aufbau von Repressionskapazitäten getroffen werden. Während erstere nach 1989 nicht signifikant zunahm und vor allem selektiv ausgeübt wurde, der Erhalt des chinesischen Einparteiensystems also nicht auf die Ausübung von Repression zurückgeführt werden kann, nahmen die Repressionskapazitäten der Regierung jedoch stetig zu.

Die Tatsache, dass die chinesische Regierung in der Erhaltung des Regimes vor allem auf Kooptation und Legitimation setzt, bedeutet natürlich nicht, dass Repression keine Rolle mehr spielt. So zeigen die effektive Niederschlagung von Massenprotesten in Tibet (so zuletzt 2008), Xinjiang (2009) und der Inneren Mongolei (2011) sowie die Verhaftung von Anwälten, kritischen Intellektuellen und Künstlern im Vorfeld wichtiger politischer Ereignisse wie der Olympiade 2008 oder dem Führungswechsel 2012, dass die chinesische Regierung den selektiven Einsatz von Repression immer noch als probates Mittel der Wahrung innenpolitischer Stabilität sieht. Obgleich die Stabilität des Regimes nicht auf Repression beruht, erhöht und verfeinert das Regime seine Repressionskapazitäten stetig.

Die Zunahme von Repressionskapazitäten drückt sich in vier Entwicklungen aus: Die erste Entwicklung ist der stetige Anstieg der Regierungsausgaben für öffentliche Sicherheit. Wandten chinesische Lokalregierungen 1988 nur etwas mehr als zwei Prozent ihres Haushalts für öffentliche Sicherheit auf, lag dieser Prozentsatz im Jahr 2009 schon bei 6,4 Prozent. Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass die Ausgaben der einzelnen Provinzen stark von diesem Durchschnitt abweichen. So wendete Gansu 2009 4,62 Prozent seines Haushalts für öffentliche Sicherheit auf, während Guangdong sich in diesem Jahr bereits der Marke von zehn Prozent näherte.⁴²

Die zweite Entwicklung ist die Dezentralisierung der Sicherheitsorgane. Ein wenig beachtetes Dokument des Zentralkomitees der KPCh im Jahre 2003 verfügte unter anderem, dass Qualität und Quantität der untersten Sicherheitsorgane, der Polizeiunterstationen (paichusuo), auf der Dorf- und Nachbarschaftsebene zu erhöhen seien. Quantitativ drückt sich das in einem Anstieg der Anzahl von Polizeisubstationen von 37 978 (1990) auf 52 000 (2004) und von Bereitschaftspolizisten (wujing) von 680 000 (1978) auf 1,43 Millionen (2004) aus. Somit wird ein Teil der steigenden Sicherheitsausgaben in Personal-, Bau- und Renovierungskosten investiert.⁴³ Ein weiterer Teil der Ausgaben, und das ist die Grundlage für den dritten und vierten Trend, fließt in die Modernisierung des öffentlichen Sicherheitsapparats.

42 Eigene Berechnungen nach China Statistical Yearbook, 2010.

43 Vgl. Zhongguo Faxuehui, Zhongguo falü nianjian (Jahrbuch der Gesetze von China), Beijing 1980–2005.

Die dritte Entwicklung ist die Zentralisierung von sicherheitsrelevanten Informationen. Sie ergänzt quasi die Dezentralisierung der Sicherheitsorgane. Genaue Zahlen liegen nicht vor. Regierungsdokumente und Berichte legen jedoch nahe, dass die Zentralregierung in die Errichtung von Datenbanken investiert, die durch lokale Sicherheitsbehörden „gefüttert“ werden und deren Zugang flexibel und je nach Notwendigkeit geregelt werden kann. Die Verbesserung des „Management der Gesellschaft“ (shehuiguanli) ist ein Element im 12. Fünfjahresplan und sieht unter anderem Investitionen in statistische Analyseverfahren vor, mit deren Hilfe Risiken identifiziert und „Katastrophen“ (hierunter fallen auch Massenproteste) verhindert werden sollen.⁴⁴ In einer Rede zur Zukunft des Managements der Gesellschaft wies Präsident Hu Jintao darauf hin, dass die Regierung eine Datenbank erstellt, die persönliche Daten eines jeden chinesischen Bürgers enthalten wird.⁴⁵ Auf Basis solcher Datenbanken und verbesserter Kommunikation zwischen Sicherheitsorganen soll die Fähigkeit zu „rapid response“ (yingji) systematisch verbessert werden.

Die vierte Entwicklung ist die Fütterung dieser Datenbanken mit Hilfe von technologiebasierten Überwachungsinstrumenten. In einem Bericht zum „Golden Shield“ der chinesischen Regierung, der „adoption of advanced information and communication technology to strengthen central police control, responsiveness, and crime combating capacity“⁴⁶, zeigte Greg Walton, dass die chinesische Regierung moderne Telekommunikationstechnologien nicht nur zur Kontrolle und Zensur des Internets einzusetzen gedenkt. Vielmehr, so Walton, erschaffe die Regierung ein veritables Panoptikum: „Beijing’s Golden Shield surveillance network is intended to be able to ‚see,‘ to ‚hear,‘ and to ‚think.‘“⁴⁷ Ähnlich wie Filtertechnologien zur Überwachung des Internets ermöglicht „speech signal processing“ die automatische Überwachung von Telefongesprächen. Bestimmte Worte und Phrasen können so individuellen Nutzern zugeordnet werden. Öffentliche Sicherheitskameras dienen nicht nur der Verkehrsüberwachung, der Verhinderung von Verbrechen und der frühzeitigen Warnung vor Demonstrationen, sondern können auch zur Gesichtserkennung genutzt werden. Ein dichtes Netz an Kameras könnte es den Sicherheitsbehörden beispielsweise ermöglichen die Bewegungen von Dissidenten nachzuverfolgen. Die Infrastruktur hierfür ist vorhanden, denn China verfügt über das weltweit größte Netz an öffentlichen Sicherheitskameras.

44 Vgl. State Council of the People’s Republic of China, Guojia zhongchangqi kexue he jishu fazhan guihua gangyao (2006–2020) (Planungsleitlinien für Chinas mittel- und langfristige Technologieentwicklung (2006–2020)); National Development and Reform Commission, Zhonghua renmin gongheguo guomin jingji he shehui fazhan di shierge wu nian guihua gangyao (2011–2015) (12. Fünfjahresleitlinien für die ökonomische und soziale Entwicklung der Volksrepublik China (2011–2015), Beijing 2010.

45 Vgl. Hu Jintao. In: Renmin Ribao, 20. Februar 2011, S. 1.

46 Greg Walton, China’s Golden Shield: Corporations and the Development of Surveillance Technology in the People’s Republic of China, Montreal 2001, S. 6.

47 Ebd., S. 15.

Ein weiteres Beispiel für den präventiven Einsatz von Sicherheitstechnologien bietet die Forschung der in Shenzhen ansässigen Firma China Information Technologies. Auf ihrer englischsprachigen Webseite stellt das im Nasdaq gelistete Unternehmen einen Personalausweis für Migranten vor, den sie gerade entwickelt.⁴⁸ Dieser Ausweis soll nicht nur eine große Bandbreite persönlicher Informationen enthalten, sondern zudem mit einem fernabfragbaren RFID-Chip ausgestattet sein. Unter Zuhilfenahme von GPS und Geographical Information Systems (GIS) könnte diese Technologie die Überwachung von Wanderarbeitern auf digitalen Umgebungskarten in Echtzeit ermöglichen. So könnten Zusammenballungen von Wanderarbeitern frühzeitig erkannt und mit Hilfe lokal ansässiger Sicherheitskräfte verhindert werden. Nicht durch Zufall zählen vor allem die Sicherheitsbehörden reicher südchinesische Städte zu den Kunden des Unternehmens. Hieraus erklärt sich auch die absolute und relative Höhe des Sicherheitshaushalts von Städten wie Kanton, Shenzhen, Shanghai und Beijing.⁴⁹

Es ist keineswegs so, dass die geschilderten Innovationen gleichzeitig überall Anwendung finden. Die lokale Sicherheitsarchitektur variiert stark, da der Sicherheitshaushalt dezentralisiert ist und vielerorts von den Einnahmen der Lokalregierungen abhängt. Während reiche Gebiete, in denen soziale Mobilität und der Zuzug von Migranten zur gesellschaftlichen Anonymisierung geführt hat vor allem auf Hochtechnologie basierte Überwachungssysteme kommissionieren, setzen ärmere Städte, in denen „traditionelle“ Nachbarschaften zumindest teilweise erhalten geblieben sind, eher auf soziale Technologien wie gegenseitige Kontrolle, freiwillige Informanten und Selbstdisziplin.⁵⁰

4. Kultur und Indoktrinierung

Wie Anne-Marie Brady zeigt, stellte das Jahr 1989 einen Wendepunkt nicht nur im Hinblick auf die Performanzstrategie der Regierung dar. Auch das Propagandasystem der chinesischen Regierung stand im Zentrum der Reformbemühungen. Die Vernachlässigung der Propagandaarbeit in den frühen 1980er Jahren begünstigte nach Ansicht konservativer Eliten die Verbreitung der Demokratieideen, mit denen die Studenten Ende der 1980er Jahre ihre Proteste rechtfertigten.⁵¹ Brady zitiert Deng Xiaoping bei einem Treffen der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros kurz nach den Protesten mit folgender Aussage: „[O]ur gravest failure has been in [political] education. We did not provide enough education to young people, including students. For many of those who

48 Vgl. http://www.chinacnit.com/en/detail.php?article_id=908 (16.1.2012).

49 Vgl. http://www.chinacnit.com/cn/page.php?column_id=286 (16.1.2012).

50 Vgl. Heberer/Göbel, Politics.

51 Vgl. Anne-Marie Brady, *Marketing Dictatorship: Propaganda and Thought Work in Contemporary China*, Lanham 2008, S. 41.

participated in the demonstrations and hunger strikes it will take years, not just a couple of months, of education to change their thinking.“⁵²

In den folgenden Jahren schränkte die Regierung daher die Freiheit der Medien weiter ein und legte einen Schwerpunkt in der Propagandaarbeit auf die Gestaltung überzeugenderer Narrative. Zunächst äußerte sich das in der oben besprochenen Modifikation marxistischer Ideen, um die Verbindung von Sozialismus und Marktwirtschaft ideologisch zu rechtfertigen.⁵³ Ebenso reagierte die Propagandaabteilung auf die Tatsache, dass die rasche Verbreitung des Internets in China ihr Deutungsmonopol für gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen gefährdete. Medienorgane wurden deshalb angewiesen, über negative Vorkommnisse so lange nicht zu berichten, wie sie nicht im Internet diskutiert wurden. Zeichnete sich jedoch ab, dass die Verhinderung der Verbreitung solcher Vorfälle nicht möglich war, sollten diese in den offiziellen Medien nicht länger unterdrückt, sondern nach Vorgaben der Propagandaabteilung berichtet werden.⁵⁴

Narrative sollen also nicht statisch sein, sondern an die Lebenswelt und Präferenzen bestimmter Bevölkerungsgruppen angepasst werden. So zeigt Heike Holbig, wie das Regime seinen Legitimitätsanspruch von der Propagierung abstrakter Mentalitäten hin zur populistischeren Festlegung kurz- und mittelfristiger Entwicklungsziele verschoben hat, an denen sie sich messen lassen will.⁵⁵ Sollten diese Ziele erreicht werden, kann sich die Regierung die Verantwortung dafür loben. Sollten sie jedoch nicht erreicht werden, kann die Unfähigkeit der untergeordneten Ebenen getadelt werden. In der Propagandaarbeit geht es jedoch nicht nur darum, durch Bereitstellung überzeugender Inhalte Zustimmung zu erzeugen. Hinzu kommt das allgemeinere Ziel, der Bevölkerung systemstabilisierende Werte und Normen zu vermitteln. Ein Beispiel sind für Autokratien sensible Themen wie Menschenrechte und Demokratie. Hier stellt der Propagandaapparat „westlichen“ bzw. „individualistischen“ Lesarten eigene Modelle entgegen, die ihre Basis in kollektivistischen Werten haben. Hierbei wird die Existenz eines eigenen Entwicklungsmodells hervorgehoben, das in der Tradition der „5 000-jährigen Geschichte“ des Landes stehe und die Gemeinschaft vor das Individuum stelle.⁵⁶

Worte wie Demokratie, Freiheit und Partizipation sind in China, anders als in anderen Autokratien, im öffentlichen Diskurs nicht tabu. Allerdings entspricht

52 Ebd., S. 45.

53 Vgl. ebd., S. 48 f.

54 Vgl. K. A. In: Neibu tongxun, (2003) 18, S. 4–6; K. A., In: Neibu tongxun, (2003) 12, S. 4–9.

55 Vgl. Heike Holbig, *Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era*. In: Thomas Heberer/Gunter Schubert (Hg.), *Institutional Change and Political Continuity in Contemporary China*, London 2008, S. 13–34.

56 Vgl. State Council Information Office, *Building of Political Democracy in China*, Beijing 2005.

die Bedeutung dieser Worte in China nicht den westlichen, liberaldemokratischen Konzepten. „Demokratie“ beispielsweise ist kein Wert an sich, sondern benennt einen partizipativen Mechanismus, mit dem auch nichtdemokratische Ziele erreicht werden können.⁵⁷ Es ist daher kein Zufall, dass Konzepte, die der autokratischen Regierungsform der VR China diametral entgegensetzen scheinen, im chinesischen Diskurs oft Verwendung finden. Durch die Belegung normativer Konzepte mit alternativen, regimekompatiblen Inhalten werden die negativen Auswirkungen gemildert, wenn diese Konzepte als diskursive Waffen gegen den autokratischen Charakter des Regimes eingesetzt werden. Argumentieren die Gesprächspartner beispielsweise auf der Basis unterschiedlicher Demokratiebegriffe, ist eine Diskussion über den demokratischen Charakter Chinas schwierig. Ein solches Gespräch verschiebt sich dann leicht zur Frage, wer die Deutungshoheit für solche Begriffe besitzt und ob nicht die „chinesische“ Form der Demokratie der „westlichen“ gleichberechtigt zur Seite gestellt werden müsse. Wird dies verneint, ist es leicht dem westlichen Gesprächspartner zu unterstellen, dass er die Toleranz vermissen lasse, die doch ein Bestandteil der Demokratie sein solle.⁵⁸

Vor allem seit 2008 wurde die Propagandaaarbeit nochmals intensiviert. In einer Rede im Juni betonte Präsident Hu Jintao die Notwendigkeit, nicht nur an der Verbesserung von Propagandainhalten, sondern auch an der Vermittlung regimekonformen Einstellungen zu arbeiten.⁵⁹ Es ist daher kein Zufall, dass die „Reform des Kultursystems“ im Zentrum des sechsten Plenums des 17. Zentralkomitees (ZK) stand, das im Oktober 2011 abgehalten wurde und die politische Richtung für den im Herbst 2012 konstituierten 18. ZK vorgab.⁶⁰ In seiner Rede von 2008 betonte Hu, dass die chinesische Bevölkerung einen steigenden Bedarf nach unterschiedlichen und qualitativ hochwertigen Informationen entwickle und die Partei auf diese Ansprüche reagieren müsse. Der Medien- und Kultursektor sollte ein attraktives Kulturangebot bereitstellen, gleichzeitig sollten Erziehungs- und Propagandasystem die öffentliche Meinung „steuern“. Auf diese Weise könnten Konsumanspruch und -angebot in einer Weise zusammenfinden, die nicht die Kontrolle der Partei unterminiere.⁶¹ Konkret verfügte das Dokument unter anderem, dass der Anteil der chinesischen Kulturindustrie am Brutto-

57 Vgl. Yu Keping/Yan Jian, *Min zhu shi ge hao dong xi: Yu Keping fang tan lu* (Demokratie ist eine gute Sache: Dialog mit Professor Yu Keping), Beijing 2006.

58 Siehe z. B. Yu Keping, *Rang minzhu zaofu Zhongguo* (Demokratie China zum Vorteil gereichen lassen. Ein Dialog mit Professor Yu Keping), Beijing 2008, S. 56.

59 Vgl. Hu Jintao, In: *Renmin Ribao*, 23 (2008) Januar, S. 1.

60 Vgl. *Zhonggong Zhongyang guanyu shenhua wenhua tizhi gaige tuidong shehuizhuyi wenhua dafazhan dafanrong ruogan zhongda wenti de jue ding* (Entscheidung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu einigen wichtigen Fragen betreffend der Vertiefung der Reform des Kultursystems und des Aufbaus hochentwickelter und blühender sozialistischer Kultur), Beijing, 2011.

61 Vgl. Hu Jintao, Meeting.

sozialprodukt innerhalb von fünf Jahren von 2,75 (2011) auf fünf Prozent erhöht werden solle.⁶²

Empirische Untersuchungen legen nahe, dass derartige Maßnahmen durchaus systemstabilisierend wirken. Unterschiedliche Umfragen, darunter auch der World Values Survey, zeigen dass mehr als 70 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die Politik der KPCh haben, wobei sich diese Unterstützung auf die Zentralregierung bezieht.⁶³ John James Kennedy belegt, dass das Erziehungssystem und die Medien tatsächlich für die Formierung solcher Einstellungen verantwortlich sind. Er wendet das McGuire-exposure-acceptance-Modell auf den World Values Survey an und belegt die mit Bildungsgrad und Medienkonsum zunehmende Wahrscheinlichkeit, dass eine Person das Regime unterstützt. Er legt jedoch auch die Grenzen dieser Strategie dar: Das Unterstützungsniveau nimmt bei Gruppen wieder ab, die das Gymnasium und höhere Bildungsziele erreicht haben.

V. Zusammenfassung und Auswertung

Die Konsolidierung des chinesischen Einparteienregimes ging mit einem sich verändernden Verhältnis von Legitimation, Kooptation und Repression einher. Während das totalitäre Mao-Regime sich in seinem Machterhalt vor allem auf eine aufeinander abgestimmte Mischung aus Repression und Indoktrinierung stützte, fanden diese beiden Instrumente nach dem Tod Mao Zedongs stark vermindert Anwendung. Die Tatsache, dass das entstehende Machtvakuum zunächst nicht durch Performanzlegitimität oder vermehrte Kooptierung ausgefüllt wurde, gab gesellschaftlichem Widerstand gegen das Regime Raum.

Auf den massiven gesellschaftlichen Widerstand reagierte das Regime mit der gleichzeitigen Stärkung aller vier Säulen. Die Performanz des Regimes wurde vor allem durch die Ausweitung und Vertiefung des Sozialversicherungssystems sowie politischer und wirtschaftlicher Reformen verbessert. Gleichzeitig investierte das Regime in die Verbesserung des Propagandaapparats, um eine ideologische Grundlage für die Ausweitung des chinesischen Reformprozesses zu schaffen und Zustimmung für die KPCh zu erzeugen. In diese Zeit fiel auch die Strategie, eine wachsende Anzahl gesellschaftlicher Gruppen zu kooptieren. Allerdings handelte es sich hierbei eher um Kooptierung durch Koproduktion als durch Einbettung in klientelistische Verteilungsnetzwerke. Trotz der breiten Zustimmung, die die Zentralregierung auf Grund dieser Maßnahmen in der

62 Vgl. Entscheidung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu einigen wichtigen Fragen betreffend der Vertiefung der Reform des Kultursystems.

63 Vgl. John James Kennedy, *Maintaining Political Support for the Chinese Communist Party: The Influence of Education and the State-controlled Media*. In: *Political Studies*, 57 (2009), S. 517–536, hier 517.

Bevölkerung erhielt, verzichtete sie nicht auf den Einsatz von Repression. So wurde der Überwachungs- und Kontrollapparat stetig ausgebaut.

Für den Fall China kann gezeigt werden, dass drei der in der Einleitung zu dieser Sonderausgabe formulierten Hypothesen auf den chinesischen Fall zutreffen: Die Erzeugung systematischer Legitimität verhinderte bisher Performanzdilemmata. Der Rückgang harter und offener Repression ging mit erweiterten Kooptationsbemühungen einher. Weiterhin korrelierten Legitimations- und Kooptationsdefizite im Mao-Regime tatsächlich mit hoher Repression.

Allerdings ist unklar, ob es sich hierbei um Kausalitäten handelt. Gerade das Mao-Regime stützte seine Herrschaft durchwegs auf Repression, sogar als die Legitimität des Regimes noch hoch zu sein schien. Allerdings waren nicht immer alle gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maße Opfer der Repression – zuerst waren es Landbesitzer, später Intellektuelle und schließlich alle der „Konterrevolution“ Verdächtigten. Als die Repression schließlich abnahm, wurde diese Säule zunächst nicht durch eine andere ersetzt. Das Regime verharnte mehrere Jahre in einem Machtvakuum, das zunächst durch gesellschaftliche Kräfte ausgefüllt wurde. Die Kooptierungsbemühungen des Regimes folgten viel später.

Die verwandte These, dass Parusieverzögerung und negative Performanz zu verstärkten Kooptationsbemühungen führten, kann für das Mao-Regime nicht bestätigt werden, und danach stellte sich das Problem nicht mehr. Die These, dass Legitimationsdefizite bei guter Performanz durch gezielte Kooptierung kompensiert würden, trifft ebenfalls nicht zu, denn die Kooptierungsbemühungen der Regimeeliten richteten sich systematisch und unabhängig von Legitimationsdefiziten auf alle Bevölkerungsgruppen. Die Politik der Regierung bevorzugt nicht mehr nur Bauern und Arbeiter, sondern richtet sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen auch von Intellektuellen, Kapitalisten, Kulturschaffenden und dem Prekariat.

Zumindest für den chinesischen Fall zeigt sich, dass die Aussagen des Säulenmodells und der postulierten Ausgleichsprozesse nur begrenzt zutreffen. Dies liegt nicht nur an der Entwicklung der Autokratie in China, in der ein totalitäres System durch ein Machtvakuum abgelöst wurde, was schließlich durch Aufbau aller Säulen wieder ausgefüllt wurde. Das Beispiel China zeigt ebenso, dass das Modell auf ein Mehrebenensystem, in dem lokale Akteure zwar zur Stabilitätswahrung beitragen, dabei aber die Macht der Zentralregierung unterminieren, nur begrenzt anwendbar ist.